



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Beantwortung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023

Eingereicht von: Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen

Ansprechpartner: Marco Neumann

E-Mail: nds-bremen@lsvd.de

Besonderheiten:

Frage 1:

Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weiterentwickeln: Der Aktionsplan muss ab 2025 unter Beteiligung der queeren Vereine fortgeschrieben, weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?

Position der SPD LAND BREMEN:

Der Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen, der bereits 2014 beschlossen wurde, ist ein wichtiger Baustein dafür, dass alle Menschen in Bremen - unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität - ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit, setzen wir uns dafür ein, den Landesaktionsplan zu aktualisieren. Dafür müssen wir gemeinsam mit den entsprechenden Expert*innen in diesem Bereich evaluieren, in welchen Bereichen wir uns in Bremen noch verbessern müssen. Dies impliziert auch, dass wir für diese Handlungsfelder entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen müssen.

Frage 2:

Sicher leben! Aktiv gegen LSBTIQ*-Hasskriminalität: Werden Sie dafür sorgen, dass in Bremen die Empfehlungen des AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI) umgesetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir nehmen wahr, dass sich das gesellschaftliche Klima verschlechtert hat und insbesondere queere Menschen von Anfeindungen betroffen sind. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich Maßnahmen, die dazu beitragen, dass sich alle Bürger*innen und insbesondere auch

LSBTIQ*-Personen in Bremen sicher fühlen und ihre Sicherheit jederzeit gewährleistet ist. Deswegen begrüßen wir auch die Empfehlungen des AK "Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt" des BMI und prüfen aktuell die entsprechende Umsetzung der Maßnahmen, sofern diese noch nicht erfolgt ist. Zudem stärken wir grundsätzlich die Polizei durch mehr Stellen und mehr Ausbildungsplätze. Um Übergriffen vorzubeugen und die gefühlte und tatsächliche Sicherheit zu verbessern, fordern wir auch mehr Videoüberwachung an den Haltestellen der BSAG. Zudem haben wir bereits das Polizeigesetz novelliert und die Befugnisse der Polizei erweitert.

Frage 3:

Regenbogenfamilien stärken: Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen Sie dies umsetzen sowie die Förderung von Beratungsangeboten langfristig sicherstellen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir sind davon überzeugt, dass gelebte Vielfalt und die Wertschätzung dieser Vielfalt eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaften ist. Damit geht einher, dass die Vielfalt von jungen Menschen und Familien im Land Bremen insbesondere in der Verwaltung, in der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe und in Bildungseinrichtungen anzuerkennen, wertzuschätzen und sensibel mit ihr umzugehen ist. Dafür haben wir wichtige übergreifende Handlungsgrundlagen geschaffen, wie z. B. ein strukturelles Diversity-Management im öffentlichen Dienst, das Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und den Landesaktionsplan gegen Homo-Trans*- und Interphobie sowie die Erstellung eines Entwicklungsplans für eine diversitätssensible Jugendhilfe auf den Weg gebracht. Der Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist dabei jeweils eine zentrale Dimension von Vielfalt. An der Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundlagen halten wir konsequent fest, auch mit dem Ziel, Regenbogenfamilien eine gleichberechtigte, d. h. diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Frage 4:

Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen: „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung verankert, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ*-inklusiv sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?

Position der SPD LAND BREMEN:

Seit 2013 muss lt. Verfügung Nr. 59 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Bestandteil der fächerübergreifenden Sexualerziehung an Bremer Schulen sein; diesem Bildungs- und Erziehungsziel sind übrigens auch Privatschulen verpflichtet. Die Schulen arbeiten hier u. a. mit anerkannten Beratungsstellen zusammen, die schulische Workshops und Fortbildungen für Lehrkräfte und weitere schulische Fachkräfte anbieten und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen. Die Bildungssenatorin fördert seit 2022 eine eigene Stelle beim Rat&Tat-Zentrum für Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen und Workshops an Bremer Schulen und Fortbildungen. Mit DiBS! hat Bremen in allen Regionen ein Beratungsangebot

aufgebaut für Schüler*innen, die u. a. wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Unterrichtsmaterialien und Bildungspläne sind aus Sicht der SPD laufend daraufhin zu überprüfen, ob sie stereotype oder gar abwertende Bilder und Bezeichnungen hinsichtlich Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung vermitteln und entsprechend zu aktualisieren.

Frage 5:

Diskriminierungsschutz ausbauen: Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt auf den Weg bringen und die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen auskömmlich finanzieren?

Position der SPD LAND BREMEN:

Diskriminierung aus rassistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder wegen der sexuellen Orientierung ist kein Randphänomen. Jeder dritte Mensch in unserem Land hat Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht. Diskriminierungserfahrungen behindern das individuelle Leben und wirken aus gesellschaftlicher Perspektive dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Wir-Gefühl entgegen. Wir tragen mit einer bewussten Antidiskriminierungspolitik, in der die Landesantidiskriminierungsstelle ein wesentlicher Akteur ist, dazu bei, für Diskriminierung zu sensibilisieren und den Schutz vor Diskriminierung zu erhöhen. Die Notwendigkeit eines Bremischen Antidiskriminierungsgesetzes wollen wir mit der Landesantidiskriminierungsstelle beraten und prüfen. Klar ist, dass sich das Land Bremen zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft bekennen muss, die Verantwortung für diesen bedeutenden Politikbereich übernimmt und der Antidiskriminierungspolitik weiterhin eine hohe Priorität und einen staatlichen Rahmen gibt.

Frage 6:

Grundgesetz LSBTIQ*-inklusiv ausgestalten: Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen und einen entsprechenden Antrag einbringen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Der Allgemeine Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes garantiert Menschen die Gleichheit vor dem Gesetz und verbietet Diskriminierungen aufgrund bestimmter Eigenschaften. Vor dem Hintergrund, dass Menschen vielfach aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden, unterstützen wir die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, den Gleichheitsartikel (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein explizites Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität zu ergänzen.

Frage 7:

Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat: Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans*, nichtbinären & intergeschlechtlichen Menschen im Bundesrat stimmen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir setzen uns für ein modernes Familien-/Abstammungsrecht ein, um der Vielfalt an gelebten Familienmodellen in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Denn es heiraten nicht nur immer weniger Paare vor oder nach der Geburt ihres Kindes, es leben auch viele Kinder in Regenbogenfamilien. Wir teilen die Pläne der Bundesregierung u.a. für die Anerkennung der Elternschaft homosexueller Eheleute und fordern, dass diese zeitnah umgesetzt werden. Wir begrüßen zudem ein Selbstbestimmungsgesetz, welches das Transsexuellengesetz ablöst und ein Verfahren beim Standesamt regelt, das die Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstand per Selbstauskunft ermöglicht. Wir müssen Trans-Personen vor Schikanen bewahren und ihr selbstbestimmtes Leben stärken.

Frage 8:

Queeres Leben im Alter fördern: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass queere Senior*innen in Bremen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior*innenvertretungen erhöht wird?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir möchten, dass alle queeren Menschen als gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft sicher und wertgeschätzt in Bremen und Bremerhaven leben können. Speziell mit Blick auf queere Senior*innen setzen wir uns zum einen dafür ein, die pflegerische Versorgung in Bremen zukünftig weiter für die Bedürfnisse von LSBTIQ*-Senior*innen zu öffnen und zu sensibilisieren. Dazu werden wir u. a. die Qualifizierung und Zertifizierung zu LSBTIQ*-sensiblen Pflegeeinrichtungen fördern, ein Expertenhearing zu LSBTIQ*-sensibler Pflege veranstalten sowie die Pflegeberichterstattung zukünftig um das Thema LSBTIQ*-sensible Pflege ergänzen. Zum anderen wollen wir die Beachtung der Interessen von älteren queeren Menschen in den politischen Vertretungen und den pflegerischen Gremien und Strukturen strukturell sicherstellen. Dazu werden wir prüfen, wie ihr Mitwirken bzw. ihr Diskriminierungsschutz in der Senior*innenvertretung, dem Landespflegeausschuss, der Wohn- und Betreuungsaufsicht, dem Medizinischen Dienst und den Pflegestützpunkten verbessert werden kann.

Frage 9:

Diversität in Gesundheitswesen und Pflege fördern Das Personal in Pflege und Gesundheit muss für den Umgang mit LSBTIQ* sensibilisiert werden und dies muss in Aus- und Fortbildung fest integriert werden. Trans*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen brauchen leichten Zugang zu med. und psychischer Hilfe. Wie wollen Sie das gewährleisten?

Position der SPD LAND BREMEN:

In der medizinischen und pflegerischen Versorgung müssen wir allen Menschen gleichermaßen respektvoll und sensibel begegnen. Dies impliziert auch eine Sensibilität gegenüber der geschlechtlichen Identität von Patient:innen bzw. zu Pflegenden. Um dies sicherzustellen, haben wir bereits gefordert, dass das pflegerische Fort- und Weiterbildungsangebot im Land Bremen mit Blick auf das Thema LSBTIQ*-sensible Pflege evaluiert und weiterentwickelt werden muss. Mit dem Modellprojekt "Doing Gender" fördern wir Fortbildungen für Fachkräfte in der psychiatrischen Arbeit. Dies wollen wir fortführen. Da die 2011 beschlossenen Leitlinien für eine geschlechtergerechte psychiatrische Versorgung aus einer binären Geschlechtsperspektive entwickelt wurden, haben wir außerdem eine Überarbeitung auf den Weg gebracht, die vielfältige Geschlechtsidentitäten berücksichtigen soll. Ziel ist es, dass die psychiatrische Versorgung entsprechend weiterentwickelt wird.

Frage 10:

Bremen setzt sich für die Menschenrechte von LSBTIQ* ein: Wie wollen Sie zukünftig die Menschenrechte von LSBTIQ* in den internationalen Beziehungen des Landes Bremen mitdenken und vor allem auch berücksichtigen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir treten aktiv für Diversität und die Menschenrechte von LSBTIQ* ein. Dies umfasst auch, dass wir im internationalen Kontext die Achtung, den Schutz und die Förderung der Rechte von LSBTIQ*-Personen einfordern. Gegenüber jeglicher Form von Diskriminierung, Verfolgung und gesellschaftlicher Ausgrenzung verfolgen wir eine Null-Toleranz-Politik. Sofern uns Missstände in anderen Ländern, mit denen wir z. B. Städtepartnerschaften pflegen, bekannt sind, müssen wir das Thema bei Besuchen und in jeweiligen Gesprächen auf die Tagesordnung setzen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch, dass Deutschland gemeinsam mit Mexiko seit 2022 für zwei Jahre den Vorsitz der Equal Rights Coalition übernommen hat, um sich für LSBTIQ*-Personen einzusetzen.